

**Niederschrift
über die 17. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses**

Sitzung am :	Montag, den 22.02.2016
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 20:35 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Levente Sárközy

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Dieter Blechschmidt
Herr Ralf Bräunel
Herr Klaus Jäger
Herr Rico Kusche
Herr Dieter Rappenhöner
Frau Ilka Reißner
Herr Wolf-Rüdiger Ruppin
Herr Thomas Salzmann
Herr Bernd Stubenrauch

Beratendes Mitglied

Herr Ludwig Bergmann
Frau Dr. Ilona Gogsch
Herr Matthias Gräf
Herr Rüdiger Müller
Herr Karl-Jörg Röbiger
Herr Frank Thiele
Herr Günter Wetzell

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Beratendes Mitglied

Herr Dip. Ing. Silvio Lux	entschuldigt
---------------------------	--------------

Mitglieder der Verwaltung

Frau Schicker	FBL Bau und Umwelt	zu allen TOP
Herr Ullmann	FGL Tiefbau	zu allen TOP
Herr Löffler	FG Stadtplanung und Umwelt	zu TOP 8.
Frau Grimm	FG Stadtplanung und Umwelt	zu TOP 4.1.
Herr Helbig	FBL Sicherheit und Ordnung	zu allen TOP
Frau Schramm	FGL Straßenverkehrsbehörde	zu TOP 4.2. und 5.1.
Herr Markert	Gebäude- und Anlagenverwaltung	zu TOP 9.

Weitere Sitzungsteilnehmer

Frau Reißig	Architekturbüro Reißig	zu TOP 5.2.
Herr Selbmann	Freie Presse	öffentlicher Teil
Herr Zierold	Vogtlandanzeiger	öffentlicher Teil

Tagesordnung öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 30.11.2015
 - 1.3. Beantwortung von Anfragen
 - 1.4. Informationen des Bürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. Information über die geplanten Straßenbaumaßnahmen in der Stadt Plauen
4. Information
 - 4.1. Information zu beantragten und genehmigten Baumfällungen sowie zu Ersatzpflanzungen
Drucksachennummer: 314/2016
 - 4.2. Änderung der Verkehrsorganisation im Schlossgebiet
Drucksachennummer: 316/2016
5. Vorberatung
 - 5.1. 2. Änderung der Parkgebührenverordnung
Drucksachennummer: 323/2016
 - 5.2. Willensbekundung zur Einziehung des beschränkt-öffentlichen Weges Nr. 158 (T. v. Flurstück 1173/1 und T. v. Flurstück 1173/2, Gemarkung Chrieschwitz) und des beschränkt-öffentlichen Weges Nr. 162 (T. v. Flurstück 1173/2, Gemarkung Chrieschwitz)
Drucksachennummer: 320/2016
 - 5.3. Einziehung eines Teiles eines öffentlichen Weges (über das Schulgelände der Astrid-Lindgren-Grundschule) zwischen Stöckiger Straße und Gebrüder-Lay-Straße
Drucksachennummer: 309/2016
6. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 17. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses wird durch Herrn Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, i.V. des Oberbürgermeisters durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über die 17. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses werden die Stadträte Ilka Reißner, Fraktion DIE LINKE., und Wolf-Rüdiger Ruppig, CDU-Fraktion, vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 30.11.2015

Herr Bürgermeister Sárközy stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 15. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 30.11.2015 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Herr Bürgermeister Sárközy stellt fest, dass eine Beantwortung der Anfragen von Herrn Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., zum Friesenbach ausstehen. Derzeit liegt noch kein endgültiges Ergebnis vor. Dies wird schriftlich nachgereicht.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, überreicht Herrn Bürgermeister Sárközy 41 Briefe von Bürgern gegen die geplante Windkraftanlage Meßbach/Kürbitz und bittet um eine Weiterreichung an Herrn Oberbürgermeister.

Herr Bürgermeister Sárközy nimmt die Briefe gerne entgegen, merkt aber an, dass für eine Berücksichtigung beim Abwägungsverfahren diese direkt an den Planungsverband Region Chemnitz zu senden sind. Die Frist ist vom 01.03. bis 30.04.2016.

Auch das FG Stadtplanung hat eine Stellungnahme zum Regionalplanentwurf in Vorbereitung, die in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt wird.

1.4. Informationen des Bürgermeisters

Herr Bürgermeister Sárközy spricht noch einmal den Vortrag von Herrn Thorsten Müller, GF Zweckverband ÖPNV, in der Ausschusssitzung vom 18.01.2016 bezüglich der Petition für eine direkte Bahnverbindung zwischen Plauen und Leipzig an. Es ist wichtig, ein Signal an die Landesregierung zu senden, dass ÖPNV-Mittel für die Region nicht langfristig gestrichen werden.

In der Stadt Plauen gibt es drei Adressen, wo man diese Petition unterstützen kann: DER-Reisebüro, Dobenastraße 1; Physiotherapie Kuhn, Weisestraße 1, Vogtlandanzeiger, Martin-Luther-Straße 50 sowie im Internet unter www.gruene-vogtland.de/aktuelles/bahn-petition-unterzeichnen.

Zur Anfrage von Herrn Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, dass die Gewerbegebiete bezüglich des ÖPNV möglicherweise untererschlossen sind, erklärt Herr Bürgermeister Sárközy, dass auch der Verkehrsverbund Vogtland sich einer Lösung dieser Problematik anschließt.

Deshalb wurden noch keine Firmen angeschrieben. Im März wird erst eine Abstimmung zwischen der Stadt Plauen und dem VVV erfolgen.

In einer der nächsten Ausschusssitzungen wird darüber berichtet.

Zur Thematik „Bushaltestelle Albertplatz“ und dem Leserbrief vom 20.02.2016 der FP „Gefährlich: Busstopp an Karlstraße“ stimmt Herr Bürgermeister Sárközy zu, dass für die Fußgänger, die aus Richtung Albertplatz die Karlstraße überqueren, die Sicht stark eingeschränkt ist, wenn der Bus länger steht.

Die Verkehrsplanung wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Plauener Straßenbahn GmbH eine bessere Lösung zu finden.

Herr Markert, Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert anhand einer Präsentation die Ergebnisse der Radonuntersuchung in der ehemaligen Allende-Schule.

Es wurden zwei Messungen durchgeführt, zum einen die Beurteilung der Radonkonzentration im Gebäude sowie auch im Außengelände.

Da Radongas aus der Erde ausströmt, wurde durch die Fa. ARTEC GmbH im Keller und in den darüber liegenden Räumen gemessen.

Hier wurde eine Belastung von 70 bis 130 Becquerel/m³ (Bq/m³) festgestellt, was unter allen derzeit bekannten Richt- und Grenzwerten für Radonkonzentration, die Gesundheitsgefährdung bedeuten könnten, liegt.

Die natürliche jährliche Belastung der Bevölkerung liegt bei ca. 2 – 3 Millisievert (mSv).

Zum Vergleich liegt die Dosis für eine Ganzkörpercomputertomographie eines Erwachsenen bei 10–20 mSv.

Durch die Fa. G.U.B. Ingenieur AG wurde in der Grünanlage am Albertplatz eine Vergleichsmessung der Strahlung von 0,1 Mikrosievert pro Stunde (µSv/h) gemessen, d.h. 0,9 µSv pro Jahr. Dies ist auch der Richtwert, der für Plauen als natürliche Radioaktivität vom Bundesamt für Strahlenschutz vorgegeben ist.

Das Ergebnis der Messung auf der Asphaltfläche des Schulhofes beträgt 0,15 – 0,21 µSv pro Stunde, auf der Grünanlage 0,10 – 0,18 µSv pro Stunde sowie auf den Kies-/Sandflächen 0,13–0,38 µSv pro Stunde.

Das lässt vermuten, dass dort radioaktiv belastetes Material durch die Wismut eingebracht wurde, was aber für Plauen nicht ungewöhnlich ist. Hochgerechnet auf die zu erwartende begrenzte Aufenthaltsdauer der Schüler nur tagsüber bis zum Sommer 2017 liegt dies aber im unbedenklichen Bereich, so dass kein akuter Handlungsbedarf besteht.

Zur Anfrage der SPD/Grüne-Fraktion zum Verkauf von Waldflächen schlägt Herr Bürgermeister Sárközy vor, eine Stellungnahme durch die Verwaltung erstellen zu lassen und den Antrag im Stadtbau- und Umweltausschuss am 21. März 2016 auf die Tagesordnung zu setzen.

Weiterhin informiert Herr Bürgermeister Sárközy noch über geplante Straßenbaumaßnahmen. Das Landesamt für Straßenbau- und Verkehr beabsichtigt, langfristig an der Südinsel Bau- maßnahmen durchzuführen. Die verkehrstechnischen Untersuchungen laufen bereits, Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

Vorrang hat der Bereich Dresdner Straße/Falkensteiner Straße an der Ausfahrt „Bauhaus“. Hier bereitet das LASuV ebenfalls Maßnahmen für eine bessere Verkehrslösung vor.

Im Jahr 2017 plant das LASuV im Bereich der „Plamag“ eine Deckenerneuerung. Zeitgleich wird die Stadt Plauen dort einen Fuß- und Radweg bauen.

Perspektivisch ist vorgesehen, die Trockentalstraße 3-spurig auszubauen, um den Verkehr von der Siegener Straße umzuleiten.

2. Einwohnerfragestunde

Frau Unglaub, fragt an, ob durch die Gebäude- und Anlagenverwaltung im Bereich der früheren Allende-Schule auch auf andere Schadstoffe geprüft wurde.

Ihr ist bekannt, dass dort beschäftigte Personen nachweislich am selben Krankheitsbild erkrankt sind.

Herr Markert, GAV, antwortet, dass nur eine Radonuntersuchung durchgeführt wurde.

Bei einer Ortsbegehung wurden keine Auffälligkeiten gefunden, die auf andere Schadstoffe hinweisen.

Früher verwendete Baustoffe, wie z.B. Asbest, sind in eingebautem Zustand nicht gesundheitsschädlich.

3. Information über die geplanten Straßenbaumaßnahmen in der Stadt Plauen

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, stellt anhand einer Präsentation die geplanten Maßnahmen im Jahr 2016/2017 vor.

Anlass ist die Änderung der Richtlinie zur Förderung des kommunalen Straßen- und Brückenbaus, die 2015 überarbeitet wurde und 2016 in Kraft trat.

Nun sind auch Planungsleistungen förderfähig, bei Straßenbaumaßnahmen bis zu 10% der Baukosten, bei Ingenieurbauten bis zu 15%.

Außerdem wurden die Förderquoten geändert, so z.B. Gemeinschaftsmaßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz auf bis zu 100%, bei Maßnahmen mit dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr bis zu 90%, bei verkehrswichtigen Straßen bis 80% und andere Straßen bis 70%. Dies sind alle Straßen, die bisher nicht zuwendungsfähig waren.

Die Förderung ist unterteilt in Teil A – Einzelmaßnahmen - und Teil B – Erneuerungs- und Instandsetzungspauschale.

Nicht geändert haben sich nicht zuwendungsfähige Kosten, wie z.B. für Beleuchtung oder Gebühren, die die Stadt Plauen einnimmt.

Herr Bürgermeister Sárközy erklärt, dass zum Investitionskraftstärkungsgesetz bis jetzt nur ein Entwurf vorliegt. Die Verwaltungsvorschrift soll in einer Kabinettsitzung der Staatsregierung bestätigt werden.

Herr Oberbürgermeister möchte in der Stadtratssitzung im Mai 2016 eine Beschlussfassung herbeiführen, für welche Maßnahmen die Mittel in Höhe von 6,5 Mill. EUR verwendet werden sollen. Hier ist ein Teil der Summe für die Instandsetzung der Straßen zu verwenden.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, erinnert an den Antrag vom 19.01.2016 „Zustandsbericht Straßen/Gehwege“. Eine Verwaltungsvorlage dazu wird im August 2016 erwartet.

4. Information

4.1. Information zu beantragten und genehmigten Baumfällungen sowie zu Ersatzpflanzungen

Drucksachenummer: 314/2016

Frau Grimm, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt/Naturschutz, gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über erfolgte Baumfällungen sowie daraus folgende Ersatzpflanzungen.

Herr Müller, sachkundiger Einwohner der SPD/Grüne-Fraktion, fragt, ob ermittelbar ist, wie viele Fällungen nicht angezeigt wurden.

Frau Grimm antwortet, dass hierzu keine konkreten Angaben gemacht werden können. Hierbei ist man überwiegend auf Anzeigen von aufmerksamen Bürgern angewiesen.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner der CDU-Fraktion, schlägt vor, wieder mehr für Baumspenden zu werben.

Außerdem bemängelt er, dass bei Straßenbaumaßnahmen nicht genügend Priorität auf Straßenbäume gelegt wird. Dies ist politischer Wille und muss bereits bei der Planung durchgesetzt werden.

Herr Stadtrat Ruppin, CDU-Fraktion, fragt nach, warum am Weg zwischen Gondelteich und der Siedlung systematisch abgeholzt wird. Augenscheinlich erscheinen die Bäume gesund.

Frau Grimm antwortet, dass hier seit längerer Zeit ein Schädlingsbefall der Erlen zu verzeichnen ist und die Bäume aus Sicherheitsgründen entnommen werden müssen.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, stellt fest, dass es Ablehnungen von Baumfällungen nur im privaten Bereich gab und fragt nach den Ursachen.

Frau Grimm erklärt, dass dies daraus resultiert, dass die Stadt Plauen über die Gesetzlichkeiten informiert ist und Fällungen nur aus Verkehrssicherheitsgründen oder Straßenbaumaßnahmen beantragt werden.

Außerdem möchte Herr Stadtrat Blechschmidt wissen, welcher zeitliche und finanzielle Aufwand für die Erstellung der Genehmigungen aufgebracht wurde und in welcher Größenordnung sich im Gegenzug die eingekommenen Gebühren belaufen.

Frau Grimm erläutert, dass die Sächsische Landesregierung im Jahr 2010 ein Gesetz beschlossen hat, das 2013 im Sächsischen Naturschutzgesetz verankert wurde, in dem es heißt, dass keine Gebühr erhoben werden darf. Eine Beantragung einer Fällgenehmigung ist kostenfrei.

Der Aufwand der Verwaltung ist immer im Einzelfall zu sehen, da ein unterschiedlicher Zeitaufwand, z.B. für Ortsbegehungen usw., aufgebracht wird.

Herr Bürgermeister Sárközy fasst zusammen, dass es Ziel sein muss, mehr Bäume zu pflanzen als Fällungen zu genehmigen.

Der Stadtbau- und Umweltausschuss nimmt die Information der Informationsvorlage mit Drucksachenummer 314/2016 zur Kenntnis.

Information:

Der Stadtbau- und Umweltausschuss der Stadt Plauen nimmt die Information zu beantragten und genehmigten Baumfällungen sowie zu Ersatzpflanzungen Stand 2015 und geplant für 2016 in der Stadt Plauen zur Kenntnis.

4.2. Änderung der Verkehrsorganisation im Schlossgebiet
Drucksachenummer: 316/2016

Herr Bürgermeister Sárközy führt einleitend in die Vorlage ein.

Herr Helbig, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, erläutert die geplanten Änderungen der Verkehrsorganisation im Schlossgebiet.

Herr Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass es beim Begegnungsverkehr zwischen Rädels- und Stresemannstraße sowie den dort angeordneten Stellflächen zu Problemen bei der Durchfahrt kommen könnte.

Auch Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, zweifelt an einer ungehinderten Durchfahrt auf der Forststraße bei gleichzeitiger Anordnung von Stellflächen, vor allem zwischen Hradschin und Rädelsstraße.

Dieser Meinung schließt sich auch Herr Thiele, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, an. Die Schaffung von Parkplätzen sollte zwar Priorität sein, aber auf diesem Teilstück reichen die Platzverhältnisse ggf. nicht aus.

Herr Bürgermeister Sárközy bittet die Verkehrsbehörde, noch einmal zu prüfen, ob ein Begegnungsverkehr auf der Fortstraße zwischen Hradschin und Stresemannstraße bei Anordnung von Parkplätzen möglich ist.

Herr Bürgermeister Sárközy weist darauf hin, dass hier jederzeit noch Korrekturen erfolgen können, falls sich diese erforderlich machen. Der Stadtbau- und Umweltausschuss wird darüber informiert.

Der Stadtbau- und Umweltausschuss nimmt die Information der Informationsvorlage mit Drucksachenummer 316/2016 zur Kenntnis.

Information:

Der Stadtbau- und Umweltausschuss der Stadt Plauen nimmt die vorgesehenen Änderungen der Verkehrsorganisation im Schlossgebiet zwischen Bahnhofstraße, Jöbninger Straße, Kaiserstraße, Reißiger Straße/Hammerstraße und Hradschin zur Kenntnis.

5. Vorberatung
5.1. 2. Änderung der Parkgebührenverordnung
Drucksachenummer: 323/2016

Herr Helbig, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, erläutert die Vorlage.

Es ist vorgesehen, ab 01.04.2016 die Höchstparkdauer von 2 Stunden auf dem Neustadtplatz aufzuheben. Somit kann von Montag bis Freitag bis zu 9 Stunden zwischen 08:00 und 17:00 Uhr sowie Samstag 4 Stunden zwischen 08:00 und 12:00 Uhr gebührenpflichtig ohne zeitliche Beschränkung geparkt werden.

Die Gebühr beträgt 1,00 EUR pro Stunde, d.h. max. 9,00 EUR pro Tag.

Zusätzlich kann das Kombiticket mit Nutzung des ÖPNV gelöst werden. Hier kosten 2 Stunden 3,00 EUR, das Tagesticket 8,00 EUR.

Herr Stadtrat Kusche, FDP-Fraktion/Initiative Plauen, vertritt die Meinung, dass der Betrag von 1,00 EUR pro Stunde zu hoch angesetzt ist. Im Hinblick auf die Belegung der Innenstadt würden 0,50 EUR ausreichend sein.

Der Stadtbau- und Umweltausschuss stimmt über den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit Drucksachenummer 323/2016ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Verordnung zur 2. Änderung der Verordnung der Stadt Plauen über die Erhebung von Parkgebühren (ParkgebührenVO) gemäß Anlage.

Abstimmung: 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Stimmenthaltungen

5.2. Willensbekundung zur Einziehung des beschränkt-öffentlichen Weges Nr. 158 (T. v. Flurstück 1173/1 und T. v. Flurstück 1173/2, Gemarkung Chrieschwitz) und des beschränkt-öffentlichen Weges Nr. 162 (T. v. Flurstück 1173/2, Gemarkung Chrieschwitz)
Drucksachenummer: 320/2016

Herr Bürgermeister Sárközy begrüßt zu diesem TOP Frau Reißig, beauftragte Architektin, sowie Herrn Blei, Vorsitzender des Montessori-Vereins.

Frau Reißig erläutert die geplanten Um- und Anbaumaßnahmen der Montessori-Schule. Aufgrund der Einrichtung eines behindertengerechten Haupteinganges macht sich die Entwidmung des Weges zwischen Anton-Kraus-Straße und Dr.-Theodor-Brugsch-Straße erforderlich, da dieser überbaut werden soll.

Frau Stadträtin Reißner, Fraktion DIE LINKE., fragt an, ob nicht der Platz zwischen Turnhalle und Albert-Schweitzer-Schule bebaut werden könnte.

Frau Reißig antwortet, dass die nach Baugesetz erforderlichen Abstandsflächen und Auflagen zur ausreichenden Belichtung des Schulgebäudes dann nicht eingehalten werden können.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass er bereits Passanten verschiedener Altersgruppen befragte, was sie davon halten, wenn der Weg eingezogen wird. Die Mehrheit hatte kein Verständnis dafür. Nur ältere Fußgänger stimmten dem zu, allerdings, weil sich der Weg in einem schlechten Zustand befindet.

Weiterhin möchte Herr Stadtrat Jäger wissen, in welchem Verhältnis die Stadt Plauen zum Montessori-Verein steht, ob es beispielsweise einen Erbpachtvertrag gibt.

Auch Herr Thiele, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, stellt fest, dass der Weg gut frequentiert wird und fragt nach einer Alternative.

Frau Dr. Gogsch, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., schlägt vor, je einen Eingang zu den jeweiligen Schulgebäuden zu nutzen und einen Verbindungsgang in der 2. Etage herzustellen, um so den Weg zu erhalten.

Frau Reißig erläutert, dass beide Baukörper barrierefrei auszubilden wären und dies aus Kostengründen nicht möglich ist.

Alternativ wären Strecken von max. 62 m Umweg vorhanden. Es lassen sich auch Möglichkeiten finden, diese Wegführung für die Anwohner attraktiver zu gestalten.

Herr Blei, Vorsitzender Montessori-Verein, macht den Vorschlag, in Absprache mit der Dr.-Christoph-Hufeland-Schule einen Alternativweg auf einer Grünanlage auszubauen.

Frau Reißig merkt an, dass die Kosten für diesen Weg mit ausgebildetem Gehweg, Beleuchtung usw. dann wiederum am Schulausbau eingespart werden müssten.

Weiterhin argumentiert sie, dass die zukünftige Aula der Montessori-Schule auch den Bürgern zur Anmietung zur Verfügung stehen würde und damit zur Aufwertung des Stadtteils beiträgt.

Herr Bürgermeister Sárközy erläutert abschließend, dass durch die Zustimmung zur Verwaltungsvorlage erst das Verfahren auf den Weg gebracht wird. Darauf folgt eine öffentliche Bekanntmachung, bei dem auch die Einwohner ihre Einwände dazu vorbringen können.

Weiterhin ist ein zweiter Beschluss durch den Stadtrat notwendig, um diese Einwände abzuwägen und dann eine Entscheidung, möglicherweise auch mit Änderungen, zu treffen.

Herr Oberbürgermeister wird bei der nächsten Einwohnerversammlung im Chrieschwitzer Hang dieses Thema mit zur Sprache bringen.

Herr Bürgermeister Sárközy appelliert noch einmal an den Verein, einen Alternativvorschlag zu bringen, um nicht eine Abstimmung mit dem Bürger „Bildung gegen Fußweg“ auszulösen.

Der Stadtbau- und Umweltausschuss stimmt über den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit Drucksachenummer 320/2016ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beauftragt die Verwaltung das Verfahren zur Einziehung eines Teiles des beschränkt-öffentlichen Weges Nr. 158 (T. v. Flurstück 1173/1, Gemarkung Chrieschwitz und T. v. Flurstück 1173/2, Gemarkung Chrieschwitz) und eines Teiles des beschränkt-öffentlichen Weges Nr. 162 (T. v. Flurstück 1173/2 Gemarkung Chrieschwitz) gemäß beigefügten Lageplänen, einzuleiten.

Abstimmung: 7 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

5.3. Einziehung eines Teiles eines öffentlichen Weges (über das Schulgelände der Astrid-Lindgren-Grundschule) zwischen Stöckigter Straße und Gebrüder-Lay-Straße Drucksachenummer: 309/2016

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, erläutert die Vorlage.

Im Abwägungsverfahren durch die Verwaltung wurden keine Einwendungen erhoben. Somit wird die Vorlage dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt.

Der Stadtbau- und Umweltausschuss stimmt über den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit Drucksachenummer 309/2016 ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Einziehung eines Teiles des beschränkt-öffentlichen Weges (Teil von Flurstück-Nummer 4634/48, Gemarkung Plauen, über das Schulgelände der Astrid-Lindgren-Grundschule) zwischen Stöckigter Straße und Gebrüder-Lay-Straße, gemäß beigefügtem Lageplan.

Abstimmung: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen

6. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, teilt mit, dass er am Weisbachschen Haus sowohl an der Rähme als auch auf der Seite der Bleichstraße wüste Zerstörungen des Zaunes festgestellt hat.

Er fragt an, wer für eine ordnungsgemäße Wiederherstellung bei der Stadt Plauen zuständig ist.

Herr Bürgermeister Sárközy antwortet, dass dies im Zuständigkeitsbereich des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen liegt. Die Problematik wird umgehend an die GAV weitergeleitet.

Herr Markert, GAV, wird Herrn Stadtrat Rappenhöner darüber hinaus die Kontaktdaten der Hausbewirtschaftung zukommen lassen.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, fragt nach, ob in Betracht gezogen wird, die Verkehrsorganisation auf der Hofer Straße zwischen Lidl und Stadtbad nochmals zu ändern. Er findet die Situation nicht zufriedenstellend.

Herr Helbig, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, erklärt, dass derzeit keine Möglichkeit gesehen wird, dort akzeptable Veränderungen herbeizuführen. Mit der Polizei wird die Unfallhäufungsstelle regelmäßig ausgewertet. Es ist nicht bekannt, dass in letzter Zeit dort vermehrt Unfälle auftraten.

Der Bereich ist aber in die Planungen zum Ausbau der Südinsel mit einbezogen.

Plauen, den

Plauen, den

Levente Sárközy
Bürgermeister

Ilka Reißner
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Angela Gebhardt
Schriftführerin

Wolf-Rüdiger Ruppin
Stadtrat